

„Angenommen, Sie sind nach der Bundestagswahl an der Regierung beteiligt ...“ Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die Linke, FDP und SPD beantworten zwölf Fragen der Nachrichten aus der Chemie und des Verbands Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.

Wie sollen der Bund und die Länder kooperieren, damit die Hochschulfinanzierung gesichert ist, und wie stehen Sie zu Bundesuniversitäten?

Wir haben bereits in dieser Legislaturperiode eine Änderung des Art. 91 b GG vorgeschlagen, die dem Bund in Abstimmung mit den Ländern die Beteiligung an institutionellen Finanzierungsaufgaben in den Hochschulen ermöglichen würde. Die notwendige Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat scheiterte bisher an der Blockadehaltung von Rot-Grün. Dort hat man sich entschieden, die Hochschulen für ebenfalls gewünschte Veränderungen auch für den Schulbereich in Geiselhaft zu nehmen. Alleine letztere haben etwa aufgrund der Ablehnung durch den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg selbst im Rot-Grünen Lager keine Umsetzungschance. Wir werden daher weiter mit guten Argumenten für mehr Möglichkeiten des Bundes bei der Stärkung der Hochschulen werben ohne andere im Moment nicht mehrheitsfähige Dinge damit automatisch auszuschließen. Im deutschen Wissenschaftssystem hat sich die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern etwa bei der außeruniversitären Forschung bewährt. Diese gemeinsame Verantwortung gilt es, auch bei den Hochschulen zu stärken. Reine „Bundesuniversitäten“ lassen aus heutiger Perspektive keinen Mehrwert für dieses Ziel erkennen.

Welche Förderprogramme planen Sie, welche stellen Sie auf den Prüfstand, und was folgt auf die Exzellenzinitiative?

Zentrale Förderaktivitäten wie die Hightech-Strategie, der Pakt für Forschung und Innovation, der Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative oder das Gesundheitsforschungsprogramm sind große Erfolge dieser Legislaturperiode und laufen in die nächste hinein. Hier muss nicht in allem das Rad neu erfunden werden, sondern diese Erfolge gilt es evolutionär weiterzuentwickeln und auszubauen. Für das Wissenschaftssystem wird hier der Wissenschaftsrat im Juli seine Empfehlungen vorlegen. Erste Konkretisierungen wird dann das zu beschließende gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU bieten.

Wie wollen Sie den Stellenbefristungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen entgegen wirken, für bessere Arbeitsbedingungen sorgen und den Mittelbau stärken?

Die Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen werden vor allem von den Hochschulen bestimmt. Wissenschaftsfreiheit und Unabhängigkeit bedeutet hier auch Verantwortung für die Mitarbeiter und deren Perspektiven. Unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die ihm die Verfassung bietet, hat der Bund seine Mittel für die Hochschulen etwa durch den Hochschulpakt, den Qualitätspakt Lehre oder bei der Forschungsförderung in dieser und der letzten Legislaturperiode stärker ausgebaut als jemals zuvor. Dies Verlässlichkeit muss von den Ländern für Ihre Beiträge aufgegriffen und von den Hochschulen an die Mitarbeiter weitergeben werden. Für weitergehende strukturelle Aktivitäten des Bundes siehe auch die Antwort zu Frage 1.

Welche Voraussetzungen für bessere Studienbedingungen, geringere Abbruchquoten und bessere Lehre werden Sie schaffen?

Zur Verbesserung der Lehre und zur Verringerung der Abbruchquoten haben wir den „Qualitätspakt Lehre“ initiiert. Ziele des Programms sind eine bessere Personalausstattung von Hochschulen, ihre Unterstützung bei der Qualifizierung bzw. Weiterqualifizierung ihres Personals sowie die Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen Hochschullehre. Zwischen 2011 und 2020 stellt der Bund rund zwei Milliarden Euro für diese Aufgabe zur Verfügung. Die ausgewählten 78 Universitäten, 78 Fachhochschulen sowie 30 Kunst- und Musikhochschulen haben zunächst bis 2016 Zeit, ihre Konzepte von guter Lehre und verbesserten Studienbedingungen in die Praxis umzusetzen. Nach einer positiven Zwischenbegutachtung der geförderten Projekte kann eine weitere Förderung – längstens bis Ende 2020 – erfolgen.

In welchem Rahmen wollen Sie außerschulische Lernorte und Schülerlabore fördern und finanzieren?

Seit über 40 Jahren fördert der Bund die bundesweit knapp 1.000 überbetrieblichen Berufsbildungsstätten mit Investitionskostenzuschüssen. Diese Förderung haben wir seit 2005 ausgebaut. Mit dem Programm zur „Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ nutzen wir die Infrastruktur dieser Bildungsstätten zudem seit 2008 intensiv zu Berufsorientierung. Über 450.000 Schülerinnen und Schüler haben bereits davon profitiert. Das Programm soll weiter ausgebaut werden. Ein wichtiges Instrument, um das Interesse der Kinder an den Naturwissenschaften zu wecken ist für uns das Haus der kleinen Forscher. Seit 2011 wurden zusätzliche Mittel zur

Verfügung, um auch sechs- bis zehnjährigen Kinder einzubeziehen und den in dieser Altersgruppe tätigen Erzieherinnen und Erziehern Weiterbildung anzubieten. Schon mehr als 25.000 Krippen, Kitas, Horte und Grundschulen haben sich in über 230 regionalen Netzwerken auf den Weg gemacht. Bereits mehr als 3.000 Einrichtungen konnten bereits als „Haus der kleinen Forscher“ zertifiziert werden. Darüber hinaus unterstützen wir private Initiativen zur Errichtung von Schülerlabors in Schulen. Jedes zusätzliche Labor ist ein Gewinn. Denn die praktische Erfahrung ist die beste Lernbedingung.

Welchen Stellenwert messen Sie der Grundlagenforschung bei, und welche Rolle spielen hierbei außeruniversitäre Forschungseinrichtungen?

Die gesamte Kette von der Grundlagenforschung bis hin zum Transfer von Erkenntnissen in Wirtschaft und Gesellschaft hat eine nicht zu überschätzende Bedeutung für die Prosperität einer Gesellschaft. Exzellente Grundlagenforschung wird gleichermaßen an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft betrieben und dort auch vom Bund gefördert. Beides macht gleichermaßen Sinn und hat sich bewährt.

Was planen Sie zu den Overheadkosten, die anfallen, wenn Hochschulen und Industrie zusammen forschen?

Zu Finanzierung des Overheads der Hochschulen im Rahmen der Projektförderung haben wir Programmpauschalen bei der DFG und den Programmen des BMBF eingeführt. Diese haben sich überaus bewährt. Im Rahmen verfügbarer Mittel ist eine zukünftige Anpassung in Richtung der tatsächlichen Kosten überaus wünschenswert und sinnvoll.

Wie wird Ihre Förderung der Forschung und Entwicklung in der Industrie aussehen, und welche Rolle spielen dabei die kleinen und mittleren Unternehmen?

AG Wirtschaft (...) Im Bereich des Bundesforschungsministeriums haben wir mit KMU-Innovativ ein Instrument geschaffen, das den Zugang zu den großen Programmen für KMU massiv erleichtert und gute Früchte trägt. Hier ist ein weiterer Ausbau möglich und geboten.

Wie werden Sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz der Industrie anpassen?

Das EEG war als Instrument zur Einführung der Erneuerbaren Energien sehr erfolgreich. Der Anteil der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien lag 2012 bereits bei knapp 22 Prozent. Ziel ist es, das EEG in der nächsten Legislaturperiode so zu ausgestalten, dass es den aktuellen Anforderungen der Energiewende gerecht wird. Eckpunkte einer Reform sind zuerst die die Sicherung des Erreichens unserer anspruchsvollen Ausbauziele. Daneben geht es um die Verbesserung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, eine stärkere Marktorientierung, die Verknüpfung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien mit den erforderlichen konventionellen Back-up-Kapazitäten, eine Synchronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau, die Schaffung von permanenten Innovationsanreizen, Überprüfung der Ausnahmetatbestände für die Unternehmen und die bessere Einbindung in den europäischen Strombinnenmarkt. Die Diskussion um die Neuausrichtung der Förderung soll in einem gesamtgesellschaftlichen Rahmen erfolgen. Deutschland hat sich im Rahmen der EU-Lastenteilung zum Kyoto-Protokoll verpflichtet, im Zeitraum 2008–2012 insgesamt 21 Prozent weniger klimaschädliche Gase zu produzieren als 1990. Darüber hinaus hat Deutschland zugesagt, seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 sogar um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken – und dies unabhängig von den notwendigen Anstrengungen anderer Staaten. Bei der Umsetzung sind die Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius und die Halbierung des globalen Ausstoßes von Treibhausgasen bis 2050 die vordringlichsten Ziele. Deutschland wird dabei seine Vorreiterrolle im Klimaschutz fortführen. Ausschlaggebend für eine wirksame Vorreiterrolle ist allerdings, dass andere Staaten zeitnah folgen und die größten Emittentenländer ähnlich wirksame Anstrengungen zur Minderung von Treibhausgasemissionen unternehmen. Die Bundesregierung hat ihre Position zum EU-Klimaziel im Fortschrittsbericht zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2012 wie folgt beschrieben: „Die EU verpflichtete sich zudem bereits 2007/2008 auf die Initiative „20–20–20“: Bis zum Jahr 2020 sollen die Treibhausgasemissionen um 20 %, ggf. 30 % (vgl. ER-Beschlüsse), gesenkt, der Anteil erneuerbarer Energieträger am Energieverbrauch auf 20 % und die Energieeffizienz um 20 % gesteigert werden. Eine Anhebung des EU-Klimaziels auf 30 % trägt die Bundesregierung auf Basis des nationalen 40 %-Ziels dann mit, wenn keine darüber hinausgehenden Emissionsminderungen von Deutschland verlangt werden und alle EU-Mitgliedsstaaten einen fairen Beitrag leisten“.

Welche Strategie verfolgen Sie beim Atommüll und welche beim Fracking?

Wir erarbeiten derzeit ein Gesetz zur Suche eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz). Mit dem Gesetz wird die generationsübergreifende Aufgabe der sicheren und dauerhaften Lagerung der Abfälle angegangen. Wichtige Entscheidungen innerhalb des Auswahlverfahrens werden als Gesetz beschlossen. Das betrifft besonders die Frage der Erkundung von einzelnen Standorten. Auch die Entscheidung über den endgültigen Standort wird per Gesetz getroffen. Es gilt das Prinzip der „weißen Landkarte, d.h., die Suche ist ergebnisoffen, ohne Vorfestlegungen oder Vorab-Ausschluss bestimmter Standorte. Nach dem Auswahlverfahren bis spätestens 2031 kann der Bau des Endlagers starten. Die Unionfraktion wird sicherstellen, dass beim sogenannten Fracking keine gefährlichen Stoffe in das Erdreich oder das Grundwasser gelangen. Unter dieser Prämisse werden wir nach der Wahl ein Gesetzgebungsverfahren einleiten.

Welche Biotechniken werden Sie stoppen, dulden, fördern, und wo liegen Ihre Prioritäten bei der Forschung zur synthetischen Biologie?

Deutschland und die EU haben einen sehr differenzierten Rechtsrahmen für die verschiedenen biotechnologischen Forschungsbereiche. In diesem Rahmen agieren insbesondere die großen Wissenschaftsorganisationen nach meinem Empfinden sehr verantwortlich. So sind zunächst alle Bereiche (rot, grün, weiß) wichtige Forschungsfelder für einen exportorientierten Hochtechnologiestandort wie Deutschland. Dies gilt auch für die synthetische Biologie. Sicherlich wird man mit fortschreitenden Erkenntnissen sowohl den rechtlichen Rahmen als auch die ethischen Leitplanken immer wieder reflektieren und die weiteren Forschungsperspektiven daran spiegeln müssen. Prioritäten liegen für uns dort, wo neue Erkenntnisse die Lebenssituation von Menschen – etwa im Bereich der Gesundheitsforschung – konkret verbessern können.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass es auch weiterhin gut ausgebildete Wissenschaftler für die verschiedenen Organismengruppen (insbesondere Taxonomie) gibt, damit Deutschland den Verpflichtungen der Biodiversitäts-Konvention nachkommen kann?

Die Taxonomie und die Biodiversitätsforschung sind wichtige Bereiche der biologischen Grundlagenforschung. Dieser Bedeutung wird in den Aktivitäten des Bundes auch weiter Rechnung getragen werden. Zu den Projektförderaktivitäten kommt ganz maßgeblich die institutionelle Förderung der Forschungsmuseen als Mitglieder der Leibniz Gemeinschaft mit 50% des dortigen „Forschungsteils“ durch den Bund (BMBF) hinzu. Nachwuchsgewinnung erfolgt auch zwischen Forschungsthemen im Wettbewerb. Themenoffen sind insbesondere Förderangebote und Finanzierungsmöglichkeiten dank des Bundes besser denn je.